

FRANK UEKÖTTER

AM ENDE DER  
GEWISSHEITEN  
DIE ÖKOLOGISCHE  
FRAGE IM 21.  
JAHRHUNDERT



campus

Am Ende der Gewissheiten



Frank Uekötter

# Am Ende der Gewissheiten

Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.  
ISBN 978-3-593-39533-3

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne  
Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2011 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln

Umschlagmotiv: © Seleneos / photocase.com

Satz: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Druckpartner, Hemsbach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

[www.campus.de](http://www.campus.de)

# Inhalt

Die ökologische Frage im Schatten von Fukushima: Eine Vorbemerkung aus aktuellem Anlass .....	9
<b>Einleitung:</b>	
Umweltbewegung zwischen Vergangenheit und Zukunft .....	15
Stell Dir vor, es gibt eine Krise und niemand redet darüber. ....	17
Eine Chance für die Geschichte .....	20
Produktiver zweifeln .....	25
Im Zeitalter der Unübersichtlichkeit .....	29
Wohin treibt die Umweltbewegung? .....	32
<b>I. Von Grünen, Gerechten und Graugänsen:</b>	
Eine kurze Geschichte der deutschen Umweltbewegungen .....	37
»Umweltbewegungen«: Annäherungen an ein diffuses Thema .....	37
Natur- und Heimatschutz, Rauch und Staub, Lebensreform: Das Kaiserreich als Wendezeit .....	40
Krisenjahre: Erster Weltkrieg, Weimarer Republik, Nationalsozialismus .....	58
Heimat und Schmutz: Umweltprobleme in den fünfziger Jahren ...	68
Die Entdeckung des Planeten: Die erste Globalisierung der Umweltdebatte .....	80

Umwelt in den siebziger Jahren: Von der Umweltpolitik der sozialliberalen Bundesregierung zum Atomprotest . . . . .	91
Zwischenbetrachtung: Die ökologische Revolution erklären . . . . .	101
Ein bundesdeutscher Sonderweg: Die ökologischen achtziger Jahre. . . . .	112
Das Grüne Ende des Kalten Krieges: Die zweite Globalisierung der Umweltdebatte. . . . .	121
Vom Schwinden einer Tradition: Umweltbewegungen in der DDR . . . . .	125
Umweltbewegungen im wiedervereinigten Deutschland . . . . .	130
II. Große Worte und verborgener Stillstand: Acht Fallstudien. . . . .	137
Stagnation im globalen Treibhaus: Die Klimadebatte . . . . .	138
Unfrieden ums friedliche Atom: Die nukleare Kontroverse . . . . .	155
Totgesagte leben lange: Die Persistenz der »neuartigen Waldschäden« . . . . .	164
Agrarwende: Das unvollendete Projekt der ökologischen Landwirtschaft. . . . .	172
Saubere Felder? Die Grüne Gentechnik . . . . .	183
Trägerische Reflexe: Das Feinstaub-Gespens . . . . .	195
Von der Verwaltung zur Bewegung und zurück: Naturschutz in der Entgrenzung . . . . .	200
Der Preis eines Baches: Vom diskreten Charme grüner Großprojekte . . . . .	217

III. Wege in einem Jahrhundert der Umwelt: Zwölf Thesen.....	227
Für eine unabhängige Umweltbewegung.....	229
Für eine vielfältige Umweltbewegung.....	231
Keine Angst vor politischen Details!.....	232
Für ein ökologisches Subsidiaritätsprinzip.....	234
Lebensstil und Wissen:	
Schlüsselbegriffe eines ökologischen Jahrhunderts.....	236
Für eine Umweltbewegung mit sozialem Gewissen.....	240
Deregulierung als Chance.....	242
Für eine dialogfähige Umweltbewegung.....	244
Bewusstsein schaffen – aber richtig!.....	246
Die Zukunft der ökologischen Kampagne.....	248
Umweltbewegungen im globalen Zeitalter.....	251
Für eine unbequeme Umweltbewegung.....	253
 Die ökologische Frage im Zeitalter der Unsicherheit: Ein Epilog.....	 255
 Dank.....	 261
Anmerkungen.....	265
Hinweise zum Weiterlesen.....	285
Register.....	289



# Die ökologische Frage im Schatten von Fukushima: Eine Vorbemerkung aus aktuellem Anlass

Das vorliegende Buch war als Manuskript abgeschlossen, als vor der japanischen Küste die Erde bebte und ein Tsunami über den Nordosten der Insel Honshu hereinbrach. Zu den Folgen gehörten nicht nur mehrere tausend Tote und Sachschäden in Milliardenhöhe, sondern auch eine nukleare Katastrophe im Kraftwerkskomplex von Fukushima. Erstmals sah die Weltöffentlichkeit, wie ein Atomkraftwerk explodierte – gleich zweimal hintereinander, live und in Farbe, mit wild fluktuierenden Meldungen über Ursachen und entweichende Radioaktivität. Wochenlang bemühten sich Techniker, die Katastrophe unter Kontrolle zu bringen, während Rettungsmannschaften ringsum nach Überlebenden des Erdbebens suchten. Zeitweise waren eine halbe Million Menschen obdachlos.

Manches erinnerte den fassungslosen Beobachter an Tschernobyl. Es gab Ratlosigkeit, Fehlinformationen, Panik – mit dem Unterschied, dass all dies sofort dokumentiert, gesendet, kommentiert wurde. Während es nach der Katastrophe von Tschernobyl zunächst eine Mauer des Schweigens gab, die im Angesicht der Gefahr zu groben Schätzungen zwang, war es in Fukushima eher die Fülle der Meldungen, die Angst machte. Jeder Blick in die Nachrichten brachte neue Hiobsbotschaften: Die Kühlsysteme versagen. Die Reaktoren explodieren. Radioaktive Gase entweichen. Lager für Brennelemente stehen in Flammen. Journalisten diskutieren, ob Tokio evakuiert werden muss. Im globalen Dorf der Mediengesellschaft entstand eine ganz eigene Form von Ratlosigkeit. Man wusste gleichzeitig alles und nichts.

Die Katastrophe durchbrach die gewohnte Abfolge von Eilmeldungen, Rettungsaktionen und Spendenaufrufen, die dem Medienkonsumenten des 21. Jahrhunderts von ähnlichen Naturkatastrophen her vertraut ist. Noch am Abend des Tages, an dem in Fukushima der erste Reaktor explodierte, lud Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem Krisengipfel. Eine Menschenkette vom Atomkraftwerk Neckarwestheim zur baden-württembergischen Staatskanzlei, seit langem mit großem Aufwand geplant, fand am 12. März

in dem traurigen Bewusstsein statt, dass man mit der Warnung vor der nächsten Katastrophe leider Recht behalten hatte. Zwei Tage nach dem Beben verkündete der *Spiegel* auf seiner Titelseite »das Ende des Atomzeitalters«. <sup>1</sup> *Spiegel*-Autor Jan Fleischhauer warf unterdessen den Atomkritikern eine zynische Instrumentalisierung von Opfern vor, die ganz weit weg leben und sich dagegen nicht wehren können. <sup>2</sup>

Für den Autor dieses Buches liegt das Unglück aber nicht in weiter Ferne. Seit einiger Zeit arbeite ich mit einem japanischen Historiker zusammen, der eines meiner Bücher ins Japanische übersetzen lässt. Auf eine vorsichtige E-Mail antwortete er, dass er am Wochenende der Katastrophe einen lange geplanten Workshop in Kyoto durchführte. Nur ein paar Teilnehmer hätten aufgrund der Störung des Zugverkehrs nicht rechtzeitig anreisen können. Allerdings leben die Eltern seiner Frau in Sendai, einer Millionenstadt an der Nordwestküste der Insel Honshu, die nur 65 Kilometer nördlich von Fukushima liegt. Trotzdem klang die Nachricht in Anbetracht der Fernsehbilder seltsam ruhig. War das die Gelassenheit eines Landes, das Gregory Clancey als »Earthquake Nation« titulierte hat? <sup>3</sup> Oder braucht es einige Zeit, bis man realisiert, dass in Japan nach Fukushima nichts mehr so sein wird wie zuvor?

Eine solche Katastrophe bedeutet wohl auch für eine robuste Volkswirtschaft eine Bewährungsprobe. Hier traf es jedoch ein Land, dessen Wirtschaft seit zwei Jahrzehnten schwächelt und das nach Simbabwe die zweithöchste Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt hat. Und in kaum einem Land der Welt hat Atomenergie eine derart zentrale Bedeutung wie in Japan. Das Land steht nach den USA und Frankreich auf Platz drei der größten Kernkraftnutzer und deckt mit 55 Reaktoren etwa ein Drittel seines Stromverbrauchs. Für die kommenden Jahre plante die japanische Regierung einen massiven Ausbau der Kernkraft, mit dem der Anteil des Atomstroms bis 2030 bei steigender Nachfrage auf 50 Prozent gebracht werden sollte. <sup>4</sup> Ein Bericht der IAEO von 2004 feiert Japan als weltweit führendes Land in der Erforschung und Entwicklung der Kernenergie. <sup>5</sup> Der nukleare Komplex ist in Japan fest institutionell verankert, und doch mag man sich unter dem Eindruck der Katastrophe kaum vorstellen, dass er in Zukunft noch legitimierbar sein wird. Aber zeigt die Geschichte nicht auch die enorme Beharrungskraft der Atomindustrie?

Noch schwerer ist zu sagen, was die Katastrophe von Fukushima für die deutsche Öffentlichkeit bedeuten wird, wenn dieser Band auf dem Buchmarkt erscheint. Schon jetzt ist klar, dass es sich um die größte Katastrophe

der atomaren Technologie seit Tschernobyl handelt. Aber was bedeutet das? Als ich im Frühjahr 2010 begann, dieses Buch zu schreiben, war die Havarie der Bohrplattform Deepwater Horizon monatelang in den Schlagzeilen. Inzwischen hört man kaum noch etwas von dieser Katastrophe, und es werden auch schon wieder die ersten Bohrlizenzen für die Tiefsee erteilt. Treten wir gerade in ein post-ökologisches Zeitalter ein, in dem die Kritik an solchen Katastrophen zur Kenntnis genommen wird und ein paar Symbolhandlungen hervorruft, bis dann nach einiger Zeit wieder Ruhe einkehrt und die Arbeit weitergeht, nur mit etwas schlechterem Gewissen?

Wenn man sich die eigene Ratlosigkeit offen eingesteht, dann wirkt es seltsam, mit welcher Selbstgewissheit das Geschehen von allen Fraktionen in Minutenschnelle eingeordnet wurde. Da geschieht ein Unfall, wie es ihn in dieser Form noch nie gegeben hat, und alle wissen Bescheid. Offenbar haben Befürworter wie Gegner der Kerntechnik einen festen Referenzrahmen, der für jeden anzunehmenden Unfall passt, ohne dass man viel nachdenken muss. »Die deutschen Atomkraftwerke sind sicher.« »Atomkraft ist eine unverantwortliche Risikotechnologie.« »Atomkritiker sind zynische Apokalyptiker.« In der Debatte des März 2011 kam man mit solchen Merksätzen erstaunlich weit.

Ich schreibe es nicht gerne, aber die Katastrophe und ihre politisch-mediale Verarbeitung sind eigentlich ein perfekter Beleg für die Kernthese dieses Buches: Wir Deutsche wissen, wie wir über Umwelt denken müssen. Nach mehreren Jahrzehnten lastet auf der ökologischen Debatte ein dicker Stapel von Gewissheiten, mit denen man jedes Ereignis zuverlässig abarbeiten kann, und so haben es unorthodoxe Ideen schon deshalb schwer, weil es keinen zwingenden Grund für ein neues Denken zu geben scheint. Selbst die aufsehenerregenden Kurswechsel schwarz-gelber Politiker nach dem japanischen GAU waren ja eigentlich keine Lernerfahrungen, selbst dann, wenn sie nicht bloß taktisch motiviert waren (was zum Zeitpunkt der Drucklegung noch unentschieden war). Die Konversionen brachten kein neues Denken hervor, sondern lediglich die Rhetorik der Gegenseite.

So zeigte sich einmal mehr jener volltönende Stillstand, den dieses Buch in seinen Ursachen und Folgen beschreibt. Das antagonistische Grundschema der Atomdebatte ist da nur eine von mehreren Ausdrucksformen. Beim Waldsterben oder beim Klimawandel gibt es beispielsweise längst einen konsensfähigen Tonfall getragener Sorge, der lagerübergreifend praktiziert wird. Und beim Feinstaub dokumentiert sich der Stillstand in Beißreflexen, die auf Problemstellungen der Vergangenheit zurückgehen. So schwelt unter der

Oberfläche der rhetorischen Gewissheiten eine unbeantwortete Frage: Passen unsere Denkschablonen eigentlich noch zu den Problemen des 21. Jahrhunderts?

Zu den publizistischen Entscheidungen, die am 12. März bereits getroffen waren, gehört auch der Titel dieses Buchs. Nach Fukushima klingt er leicht nach einer Anspielung auf Ulrich Becks *Risikogesellschaft*, ein Buch, das nach Tschernobyl die Konfrontation unserer Gesellschaft mit neuartigen Risiken diskutierte. Umso wichtiger ist es zu betonen, welche Art von Gewissheit hier gemeint ist. Es geht nicht um die Gewissheit, dass die deutschen Atomkraftwerke sicher sind – denn eine solche hat es tatsächlich nie gegeben. In diesem Buch geht es vielmehr um jene Gewissheiten, die *in unserem Reden* über Umweltprobleme verborgen sind. Der ökologische Diskurs drehte sich eben nicht nur um spezifische Probleme, sondern war auch ein Weg der gesellschaftlichen Identitätsstiftung in Krisenzeiten. So kommt dieses Buch mit Blick auf den bundesdeutschen Atomprotest zu einem nur scheinbar paradoxen Befund: Die Anti-Atom-Bewegung hat mit ihren Warnungen vor der nächsten Katastrophe Recht behalten, und trotzdem wird sie neue Antworten suchen müssen. Es ist nicht schwer, nach Fukushima gegen Atomkraft zu sein. Schwer ist, die nächsten Fragen zu beantworten.

Niemand kann sagen, dass die Katastrophe von Fukushima aus heiterem Himmel über uns hereinbrach. 2006 versagten bei einem Reaktor im schwedischen Forsmark zwei der vier Notkühlsysteme. Wie nahe Forsmark an einer Kernschmelze vorbeischlitterte, ist unter Experten umstritten. Im folgenden Jahr brannte direkt am Reaktorgebäude des Kernkraftwerks Krümmel ein Transformator. Nebenan liegt das Kernkraftwerk Brunsbüttel seit Sommer 2007 wegen technischer Probleme still und wird wohl nie wieder ans Netz gehen. Da könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Kraftwerkstechniker nachlässig wurden, nachdem im Gefolge des Atomprotests der siebziger und achtziger Jahre massiv in Sicherheit investiert wurde und die neunziger Jahre bemerkenswert frei von schweren Störfällen in Kraftwerken waren. Aber stimmt dieser Eindruck? Solche Fragen bleiben beim üblichen Für und Wider der Atomdebatte ohne Antwort.

Man könnte es mit Horkheimer auch so formulieren: Wer von den Experten nicht reden will, der soll auch von der Atomkraft schweigen. Es geht hier eben nicht um eine Technologie, die man einfach in die Ecke stellen kann wie einen Analog-Plattenspieler nach dem Siegeszug der Musik-CD. Es geht auch um ein riesiges Expertensystem, dessen Dynamik mit natur- und technikwissenschaftlichen Kategorien überhaupt nicht angemessen zu

beurteilen ist. Expertensysteme sind nach außen abgeschottet, pflegen ihren eigenen sprachlichen Code, und vor allem verfügen sie über ein enormes Trägheitsmoment: In ihnen sind finanzielle und immaterielle Investitionen in einem Ausmaß gebunden, das politische Entscheidungsträger zuverlässig einschüchtert – bis zur Katastrophe und manchmal auch noch darüber hinaus.

Für die Anti-Atom-Bewegung war Fukushima eine bittere Bestätigung. »Wir wollten niemals recht behalten«, sagte ein Aktiver auf der Stuttgarter Demonstration.<sup>6</sup> Und doch bin ich im Rückblick froh, dass ich dieses Buch auch als Kritik der zivilgesellschaftlichen Bewegung geschrieben habe. Bei aller offenkundigen Sympathie für die Anliegen dieser Bewegung wird im Folgenden auch dargelegt, inwiefern die Anti-Atom-Bewegung nach mehr als drei Jahrzehnten gewisse Verkrampfungserscheinungen aufweist; dazu Näheres im zweiten Teil. Es wäre unklug, wenn die Umweltbewegung nun in eine Attitüde verfallen würde, man habe es ja schon immer gewusst. Im Schatten von Fukushima fällt es leicht, das ökologisch Richtige zu erkennen. Aber solche Eindeutigkeit ist im 21. Jahrhundert die Ausnahme.

So gesehen wäre es in der Tat überfällig, eine erstarrte Umweltdebatte mit neuen Perspektiven zu beleben, und das ist das Ziel des vorliegenden Buches. Es liefert nicht nur einen Überblick über die Geschichte der deutschen und internationalen Umweltbewegungen, sondern unternimmt darauf aufbauend den Versuch, diese Geschichte für die tagespolitische Debatte fruchtbar zu machen. Wie sehen die gängigen Sprech- und Denkweisen der Umweltdebatte aus, wenn man sie einmal als Produkte der Geschichte in den Blick nimmt? Bislang sind Historiker wie die meisten Geisteswissenschaftler nur ganz am Rande in der öffentlichen Debatte präsent, und das gewiss nicht, weil sie zu den aktuellen Herausforderungen nichts zu sagen hätten.

Das geschieht nota bene nicht in Konkurrenz zu anderen Disziplinen, wohl aber in selbstbewusster Ergänzung. Nach Fukushima war viel über kerntechnische Spezialthemen zu hören: Druckbehälter, Notkühlssysteme, Halbwertszeiten, Grenzwerte. Gewiss haben Geisteswissenschaftler zum Funktionieren einer Notkühlung nichts Klügeres zu sagen als die Kerntechniker. Sie können aber erklären, warum wir überhaupt über Notkühlssysteme reden müssen: weil die Entwicklung der Atomtechnologie zu einem Reaktortyp führte, der ohne Notkühlung nicht funktioniert. Der weltweite Siegeszug der Leichtwasserreaktoren, für den die Menschen in Fukushima und Umgebung nun einen bitteren Preis zahlen, ist ein gutes Beispiel für eine technische Entwicklung, die man ohne den Blick in die Geschichte nicht

verstehen kann. Der Reaktortyp hatte gegenüber konkurrierenden Modellen nämlich den großen Vorzug, dass er bereits existierte, als in den späten fünfziger Jahren die ersten Weichenstellungen erfolgten: Seit 1955 wurde das amerikanische Atom-U-Boot Nautilus von einem Druckwasserreaktor angetrieben. Zudem war Wasser als Kühlmittel ein Stoff, mit dem Kraftwerkstechniker vertraut waren, und das war mit Blick auf die anfängliche Skepsis der Stromwirtschaft gegenüber nuklearen Phantasien ein wichtiges Argument. Vor allem aber versammelte sich um die Leichtwasserreaktoren sehr früh eine Gemeinschaft von Experten, die durch ihr personelles und finanzielles Gewicht Fakten schuf. Die Leichtwasserreaktoren waren keineswegs technisch überlegen und erst recht nicht besonders sicher, sondern einfach jene Technologie, die mit einem Startvorteil begann und eine reelle Konkurrenz mit anderen Reaktortypen nie aufkommen ließ.

Diese kurzen Bemerkungen sind nur ein Beispiel dafür, wie der Blick in die Geschichte neue Perspektiven auf die Herausforderungen der Gegenwart eröffnet. Allzu sehr hat es sich die Umweltdebatte mit bestimmten Themen und Redeweisen bequem gemacht. Das heißt nicht, dass diese Redeweisen grundsätzlich falsch wären und überwunden werden müssten: Vollmundige Bücher, die den richtigen Weg in die ökologische Zukunft verkünden, gibt es schließlich schon mehr als genug. Mir geht es vielmehr darum, für eine Umweltdebatte zu werben, die die ausgetretenen Pfade verlässt und neue Zugänge zu den vertrauten Themen erprobt. Das Ende der Gewissheiten könnte in der Umweltdebatte auch eine Befreiung sein – ein Weg zu einer erfrischenden Diskussion mit neuen Gedanken, die endlich wieder Lust auf ökologische Themen machen. Und vielleicht wird man sich eines Tages fragen, warum man eigentlich so lange der Auffassung war, man könnte *ohne* Historiker über Umweltfragen diskutieren.

Das ist, ich gebe es gerne zu, eine etwas utopische Hoffnung, noch dazu eine durchaus egoistische. Aber vielleicht ist Hoffnung ja etwas, das man im Schatten von Fukushima gut gebrauchen kann.

# Einleitung: Umweltbewegung zwischen Vergangenheit und Zukunft

»Die achtziger Jahre waren keine gute Zeit, um erwachsen zu werden, jedenfalls keine Zeit, auf die man voller Sentiment zurückblicken kann«, schrieb Frank Goosen in seinem Roman *Liegen Lernen*. »Auf den Illustrierten waren entweder nackte Frauen oder Atompilze, manchmal beides, und man wußte oft nicht, was schlimmer war.«<sup>1</sup> Hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, Schulterpolster und schreckliche Frisuren, dazu die Agonie der Ära Kohl – es fällt in der Tat schwer, für die achtziger Jahre nostalgische Gefühle zu entwickeln. Nur eine Gruppe der bundesdeutschen Bevölkerung gerät beim Gedanken an dieses Jahrzehnt regelmäßig ins Schwärmen, und das sind die Natur- und Umweltschützer. Für sie sind die achtziger Jahre die Boomzeit schlechthin, als Waldsterben und Ozonloch die Menschen bewegten, als Sandoz und Tschernobyl die Risiken der Großtechnik demonstrierten und die Menschen in Scharen zu Umweltverbänden und Bürgerinitiativen strömten. Stetig gewann eine junge Partei mit dem seltsamen Namen »Die Grünen« an Wählerstimmen, die Presse schreckte selbst vor arkanen Details der Chlorchemie nicht zurück, und wenn die Regenbogenkämpfer von *Greenpeace* mal wieder einen Schornstein besetzt hatten, war es abends in der *Tagesschau* zu sehen. Die Sache der Umwelt segelte im Wind des Zeitgeistes, und Umweltaktivisten erfreuten sich allgemeiner Beliebtheit.

Die selige Erinnerung an die grünen achtziger Jahre ist auf den ersten Blick nicht leicht zu verstehen. Ist Deutschland nicht weiterhin das Umweltland schlechthin, in dem jeder aufgeweckte Zeitgenosse ein solides Umweltbewusstsein reklamiert? Längst sind ökologische Themen in Deutschland zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Lebenswelt geworden, ja geradezu zu einem Element der bundesdeutschen Identität. Vor allem in der selbstbewussten Abgrenzung gegenüber den Vereinigten Staaten gewinnt durchaus so etwas wie ein grüner Patriotismus Konturen. Während in den USA eine effektive Klimapolitik von einer hartnäckigen Lobby der »Klimaleugner« torpediert wird, ist die Realität der globalen Erwärmung in der

bundesdeutschen Öffentlichkeit kaum umstritten, und die Führungsrolle der Bundesregierung in den internationalen Klimaverhandlungen wird lagerübergreifend mit Wohlwollen unterstützt. Während die Vereinigten Staaten aufs Automobil setzen, pflegt Deutschland ein fein ziseliertes Netz des öffentlichen Nahverkehrs. Und während in Amerika nach gängiger Ansicht das »ex und hopp« regiert, spült der Bundesbürger brav seine Joghurtbecher, damit es beim Recycling auch ja keine Probleme gibt. Wozu also die wehmütige Erinnerung an die achtziger Jahre, wenn man weiterhin stolz ist auf das grüne Vaterland?

Wer sich in Umweltkreisen umhört, stößt rasch auf ganz andere Stimmen. Schon seit längerer Zeit überwiegt unter den Insidern das Gefühl der Stagnation: Die volltönende grüne Rhetorik verdeckt, dass man in Wirklichkeit auf der Stelle tritt. Einmütig klagen Umweltverbände über einen Mangel an Personal und ein nachlassendes Engagement der Basis. Es fehlen die spektakulären Erfolgserlebnisse – sehr im Unterschied zu den achtziger Jahren, als sich die einschlägigen Maßnahmen und Initiativen geradezu überschlugen. Während damals die Entschwefelung der Großkraftwerke gegen erheblichen Widerstand durchgeboxt wurde, hat die Umweltpolitik in der jüngsten Vergangenheit eher Errungenschaften von der Art des Dosenpfands hervorgebracht, auf das niemand stolz ist. Selbst die PR-Profis von *Greenpeace* haben seit der Brent Spar-Kampagne 1995 keinen öffentlichkeitswirksamen Coup mehr gelandet.

Kein Zweifel: Die Umweltbewegung ist in der Krise. Aber es ist eine schleichende Krise, die sich nicht in den üblichen Symptomen dokumentiert. Es fehlen die großen Rückschläge und Niederlagen, die gemeinhin den Niedergang einer sozialen Bewegung markieren, und von einer mächtigen Gegenbewegung ist weit und breit nichts zu sehen. Während die amerikanische Umweltbewegung unter George W. Bush einen spektakulären »Backlash« erfuhr, bläst in Deutschland kein ernstzunehmender Politiker zur Attacke auf den ökologischen Interventionsstaat. Selbst die FDP steht selbstverständlich zum Kyoto-Protokoll und verbannt den Ruf nach Deregulierung ins Kleingedruckte. Auch die Mitgliederzahlen der Umweltverbände geben auf den ersten Blick keinen Anlass zur Sorge: Der BUND hat fast eine halbe Million Mitglieder und Förderer, und bei NABU und *Greenpeace Deutschland* liegen die Zahlen in einer ähnlichen Größenordnung. Aber dahinter verbirgt sich ein Mangel an Elan, ein spürbarer Frust und zugleich eine allgemeine Ratlosigkeit über mögliche Antworten.

Die Wahlerfolge der Grünen im Frühjahr 2011, die in der Wahl des ersten grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg gipfelten, haben diese Krise allenfalls notdürftig übertüncht – selbst dann, wenn man sie nicht nur als kurzlebige Momentaufnahmen in einem zunehmend unberechenbaren Parteiensystem betrachtet. Im Grunde genommen bestätigten die Erfolge eher, wie sehr die Umweltbewegung in den Strukturen der Vergangenheit verharret. Der baden-württembergische Wahlsieg ähnelt jedenfalls frappierend jenen der achtziger Jahre: Atomprotest als Leitmotiv, das »rot-grüne Projekt« als Bündnis der Zukunft, hinzu kontroverse Infrastrukturprojekte – was damals die Startbahn West war, ist heute Stuttgart 21. Wie zur Bestätigung der Diagnose wurde mit Winfried Kretschmann ein Ministerpräsident gewählt, der schon 1980 für die Grünen in den baden-württembergischen Landtag eingezogen war. Die Zukunft der neuen Landesregierung ist naturgemäß offen, und doch kann man bereits jetzt ziemlich sicher sein, dass sich diese günstige Konstellation nicht wiederholen wird. Schon die nächste Bundestagswahl könnte die erste seit Jahrzehnten werden, in der die Atompolitik keine Rolle mehr spielt.

## Stell Dir vor, es gibt eine Krise und niemand redet darüber

So sind die jüngsten Erfolge der Grünen eher ein Indiz für die seltsame Sprachlosigkeit, die die ökologische Frage seit einiger Zeit umgibt. Kurioserweise könnte die grün-rote Regierung von Baden-Württemberg zugleich an der Übermacht ihrer Gegner und der Übermacht ihrer Freunde scheitern. Zwar werden ihre Ziele in der Verkehrs- und Energiepolitik zweifellos eine Menge Konflikte heraufbeschwören, doch fehlt es an einem Gegenentwurf, gegen den man sich politisch profilieren könnte. Die »Energiewende« will eigentlich jeder, von Winfried Kretschmann bis Angela Merkel, und das ist nur eines von vielen Umweltproblemen, die im öffentlichen Diskurs einen seltsam amorphen Charakter gewonnen haben. Artenschutz, Renaturierung, Klimapolitik – man ist selbstverständlich dafür und zugleich irgendwie ratlos, und darin steckt eine Krise, die die Umweltbewegung viel zu lange verdrängt hat. Die Sklerose der ökologischen Debatte ist gerade deshalb gefährlich, weil sie so subtil ist: Es geht nicht um die Existenz der Umweltbewegung, sondern darum, ob sie attraktiv ist, lebendig und erfolgreich.

In den USA hat die Krise der Umweltbewegung eine lebhaftere Debatte ausgelöst. Intensiv streitet man dort zum Beispiel über die Thesen von Michael Shellenberger und Ted Nordhaus, die nichts weniger als den Tod der Umweltbewegung nahen sehen.<sup>2</sup> In Deutschland herrscht dagegen Friedhofsruhe: Kritik an der Umweltbewegung wird allenfalls in homöopathischen Dosen geäußert. Dabei fehlt es nicht an Literatur zu Umweltthemen aller Art. Wer sich über Ursachen und Folgen etwa des Klimawandels informieren will, kann längst auf ein breites Sortiment an Titeln zurückgreifen, das den Leser in jeder gewünschten Detailschärfe informiert. Aber sobald es um Lösungen geht, wird es zumeist ziemlich schematisch: Kyoto-Protokoll, Umstellung auf Solarenergie, Ausstieg aus der Atomkraft – wer zur Umweltszene im weiteren Sinne gehören will, ist selbstverständlich dafür, und wer kritische Fragen stellt, landet bald im gesellschaftlichen Abseits. Gerne wird suggeriert, es fehle nicht an Lösungen, sondern nur am Willen, sie endlich entschlossen zu realisieren. Nach dieser Logik gibt es kein Wahrnehmungsproblem, sondern lediglich ein Umsetzungsproblem – und mithin keinen Grund zur umweltbewegten Selbstkritik. Aber stimmt das überhaupt?

Bislang krankt die überfällige Debatte nicht zuletzt daran, dass kritische Stimmen zumeist aus einer bestimmten Richtung kommen. Das gilt insbesondere für die Publizisten Dirk Maxeiner und Michael Miersch, die in der Umweltdebatte seit Mitte der neunziger Jahre eine Art Planstelle »Ätzende Kritik« für sich monopolisiert haben. Beide arbeiteten einst als Umweltjournalisten für das Magazin *natur*, wo Maxeiner einige Zeit sogar Chefredakteur war. 1993 schieden beide aus der Redaktion aus und investierten seither einen Gutteil ihrer intellektuellen Energie darin, mit Renegateneifer über Irrtümer und Verfehlungen der Umweltbewegung herzuziehen. Im Laufe der Jahre haben sie sich so ein stattliches Œuvre erschrieben: von *Öko-Optimismus* (1996) über das *Lexikon der Öko-Irrtümer* (1999) und *Die Zukunft und ihre Feinde – Wie Fortschrittspessimisten unsere Gesellschaft lähmen* (2002) bis *Hurra, wir retten die Welt!* (2007) – um hier nur einige der Produkte zu erwähnen.<sup>3</sup>

Wer berufsbedingt ständig Aufsätze und Bücher lesen muss, die im Tonfall getragener Sorge die Umweltprobleme der Welt referieren, wird den Arbeiten von Maxeiner und Miersch einen gewissen Reiz kaum absprechen können. Und doch stellt sich beim umweltbewussten Leser nach einiger Zeit ein unbefriedigtes Gefühl ein: Allzu eingleisig setzen die Autoren auf Entlarvung und Provokation. Spürbar sind sie von einer Lust am politisch Unkorrekten getrieben, und der empörte Aufschrei der Gegenseite ist als Teil des

publizistischen Projekts fest eingeplant – die Homepage der beiden Autoren umfasst auch eine »Hass-Seite«, die »ein Potpourri exquisiter Grobheiten aus den Federn von Rezensenten und Leserbriefschreibern« bietet.<sup>4</sup> Wer die aktuellen Veröffentlichungen von Maxeiner und Miersch mit jenen aus den neunziger Jahren vergleicht, bemerkt einen zunehmend schrillen Tonfall, der jede Diskussion im Keim erstickt. Wer möchte noch ernsthaft mit Leuten reden, die den »Ökologismus« kurzerhand zu einer Spielart des religiösen Fundamentalismus erklären, die es »in Deutschland beinahe schon zur Staatsreligion gebracht« habe, und bei der Gelegenheit gleich »zehn Gebote des Öko-Glaubens« erfinden (mit Einsichten wie »Du sollst Dich fürchten« und »Du sollst die Technik gering schätzen«)?<sup>5</sup> Letztlich läuft die Kritik von Maxeiner und Miersch darauf hinaus, die Umweltbewegung als eine Gruppe unverbesserlicher Hysteriker hinzustellen, denen man besser nicht zuviel Beachtung schenkt.

Man muss sich nur ein wenig in Umweltkreisen umsehen, um Zweifel an einem solchen Gruppenprofil zu hegen. Vom Klischee des notorisch ängstlichen Menschenfeinds, der überall nur Gefahren wittert, bleibt nach einiger Zeit nicht viel übrig. In der bundesdeutschen Umweltbewegung gibt es vorsichtige und risikofreudige Menschen, begeisterte Naturburschen und geichtslose Apparatschiks, demonstrationsfreudige Aktivisten und kühle Manager, Heimat-, Vogel-, Insektenfreunde und so fort – ein breites Spektrum von Strömungen und Charakteren, das jeden Versuch, einen prototypischen »homo oecologicus« zu beschreiben, durch seine enorme Vielfalt unterläuft. Während die Umweltbewegung in anderen Ländern gelegentlich etwas sektenhafte Züge trägt, repräsentiert sie in Deutschland einen breiten Querschnitt der Bevölkerung. Nicht zuletzt spürt man in der Umweltszene auch einen enormen Idealismus. Im 21. Jahrhundert ist die Vorstellung einer Menschheit im Einklang mit der Natur eine der letzten populären Utopien.

Das macht es freilich umso dringlicher, die Diskussion über die Krise der Umweltbewegung zu eröffnen. Wenn sich Frustration breitmacht in einer Bewegung, die vom Idealismus lebt, ist das zweifellos ein Alarmsignal. Wäre es nicht eine fürwahr schmerzliche Vorstellung, wenn der kumulative Effekt all der gut gemeinten Initiativen von Umweltverbänden, Politikern und Journalisten letztlich nur ein grünes Geräuschband wäre, hinter dem die reale Zerstörung der natürlichen Umwelt ungebremst weiterlief? Wie kann eine Umweltbewegung aussehen, die den Realitäten des 21. Jahrhunderts gewachsen ist: die die Menschen begeistert, ohne sie mit vorgestanzten Lösungen zu bevormunden; die unbequeme Wahrheiten nicht scheut, ohne

sich in utopischen Forderungen zu verlieren; die lokales Handeln ermöglicht, ohne die globalen Zusammenhänge zu verleugnen; die effektive Lösungen ansteuert, ohne dabei die Menschen zu verlieren? Es sind solche Fragen, auf die im Folgenden nach Antworten gesucht werden soll. Diese werden gewiss nicht die Form von »Musterlösungen« haben können, die nur noch als »politische Bausteine für erfolgreiches Handeln« in Umlauf gebracht werden müssen: Wer auf solche Rezepte setzt, hat die Krise der Umweltbewegung nicht verstanden.<sup>6</sup> Aber die Misere der ökologischen Bewegung ist kein unabwendbares Schicksal, kein alternativloser Kollateralschaden von Globalisierung oder Politikverdrossenheit, den man nur noch achselzuckend zur Kenntnis nehmen kann. Ein neues ökologisches Zeitalter ist möglich, ja sogar wahrscheinlich – nur wird es ganz anders aussehen als die achtziger Jahre.

## Eine Chance für die Geschichte

Es ist deshalb keineswegs nur einem professionellen Renommierbedürfnis geschuldet, wenn ich in diesem Buch die Umweltkrise der Gegenwart auf dem Umweg durch die Geschichte diskutiere. Es lohnt sich, die heutige Umweltdebatte aus einem etwas weiteren Blickwinkel zu betrachten – schon deshalb, weil viele der vermeintlich aktuellen Debatten inzwischen eine ziemlich lange Geschichte haben. Gerne gibt sich die Umweltszene als geschichtslos; aber man muss nur etwas an der Oberfläche kratzen, um auf jahrzehntelange Traditionen zu stoßen. Wer etwa der Klimadebatte der vergangenen Jahre folgte, konnte den Eindruck gewinnen, dass hier erstmals ein zuvor unterschätztes Problem diskutiert worden wäre. Tatsächlich ist die Klimadebatte inzwischen rund 25 Jahre alt, und die vermeintliche Entdeckung des Themas war nur einer von etlichen diskursiven Zyklen. Die Sorge um das Waldsterben gibt es inzwischen seit 30 Jahren. Und der Kollektivsingular »Umwelt« existiert im deutschen Sprachgebrauch schon seit 1970, als Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher ein »Sofortprogramm zum Umweltschutz« vorlegte. So präsentiert sich die gegenwärtige Umweltdebatte bei genauerer Betrachtung als Produkt der Geschichte, in dem sich inzwischen mehrere Schichten von generationellen Erfahrungen überlagern – allerdings ohne dass dies den meisten Diskussionsteilnehmern wirklich bewusst wäre. Es ist in der Tat ein ziemlich komplexes Gewirr von politischen, ökonomi-

schen und intellektuellen Traditionen, das sich dem aufmerksamen Beobachter in der Gegenwart präsentiert, und einiges spricht dafür, dass wir über Umweltprobleme in einer Sprache diskutieren, die zu wesentlichen Teilen einem anderen Zeitalter entstammt. Eine freimütige, ergebnisoffene Umweltdebatte wird nur dann beginnen können, wenn es gelingt, dieses Knäuel zu entwirren.

Man tritt der Umweltbewegung wohl nicht zu nahe, wenn man ihr ein ziemlich schwaches Interesse an der eigenen Geschichte unterstellt. Immer wieder begegnet man auch bei sonst gut informierten Personen der Vorstellung, dass das Thema eigentlich erst vor kurzem entdeckt worden sei und eine Geschichte der Umweltbewegung, die über die eigene Lebensgeschichte hinausreicht, entweder belanglos sei oder gar nicht existiere. Diese Haltung hat zweifellos viel mit dem Umbruch der Umweltszene seit den sechziger Jahren zu tun, der aus betulichen, meist konservativ-autoritären Heimatschützern kritische, liberal denkende »Ökos« machte. Damit rückten frühere Generationen in ein denkbar ungünstiges Licht: Das waren aus Sicht der ökologisch Bewegten lediglich reaktionäre Gestalten, nicht selten im Dunstkreis des Nationalsozialismus, mit denen man möglichst wenig zu tun haben wollte. Anders als die feministische Bewegung, die offensiv auf die Schaffung frauengeschichtlicher Professuren und Forschungseinrichtungen drängte, wurde die bundesdeutsche Umweltbewegung nie zu einer Lobby für historische Forschung.

In umgekehrter Beziehung sah dies etwas anders aus: Ein solides ökologisches Bewusstsein gehörte gewissermaßen zur Grundausstattung der ersten Umwelthistoriker, und das hinterließ in den frühen Arbeiten deutliche Spuren. Der Boom des Umweltthemas in den siebziger und achtziger Jahren beförderte teleologische Interpretationen, indem der Aufstieg der Umweltbewegung durch die historische Forschung gewissermaßen nach hinten verlängert wurde. Nach und nach kamen solche Lesarten jedoch in die Kritik, so dass sich eine Geschichte der Umweltbewegung heute kaum noch als Aufstiegs Geschichte schreiben lässt. Zum einen stand eine solche Interpretation arg im Ruch der Heroisierung, sie presste unterschiedliche Bestrebungen in eine homogene Reihe von Maßnahmen und Menschen und unterschätzte damit die Unterschiedlichkeit historischen und gegenwärtigen Engagements. Zum anderen wurde deutlich, dass von einem linearen Aufstieg, einer immer stärkeren Beachtung von Umweltproblemen im Laufe der Geschichte keine Rede sein konnte. Am ehesten kann man noch von mehreren »Schüben« des Themas reden, von wiederholten Boomzeiten mit unterschiedlichen Moti-

ven, die nach mehr oder weniger langer Zeit ausliefen und in Stagnation oder gar Rückschritte mündeten. Schon im Kaiserreich wurde intensiv über Hygiene und Lebensreform, Lärm und Staub und viele andere Probleme diskutiert, die wir heute als ökologische Probleme betrachten. Nur brachen die meisten Aktivitäten 1914 schlagartig ab, so dass George F. Kennans Diktum vom Ersten Weltkrieg als »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« auch für die Umweltgeschichte gilt. Die Jahre der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus waren dann trotz mancher Initiativen vor allem eine Zeit der Stagnation. Nur die Naturschutzbewegung erfuhr im NS-Staat einen heftigen Boom, über den noch zu reden sein wird.

Nach 1945 schien zunächst vieles auf Kontinuität hinzudeuten. Aber schon in den fünfziger Jahren gab es eine Reihe neuer Initiativen, die rückblickend in die Genealogie des Umweltzeitalters gehören. Im Ruhrgebiet entbrannte eine lebhafte Debatte über die Belastung der Luft mit Rauch und Staub, die das Bundesland Nordrhein-Westfalen für Jahrzehnte zum Vorreiter der bundesdeutschen Luftreinhaltung machte. Seit Mitte der fünfziger Jahre erarbeitete eine beim Verein Deutscher Ingenieure angesiedelte Kommission »Reinhaltung der Luft« Grenzwerte und Standards, die zur Grundlage der 1964 erlassenen »Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft« wurden. In Bayern kämpften Naturschützer unter der charismatischen Leitung des Landesnaturschutzbeauftragten Otto Kraus gegen Bergbahnen und die hydroelektrische Erschließung der Alpenflüsse; im Südschwarzwald verhinderten Heimatschützer einen Staudambau in der Wutachschlucht. Das meiste geschah hinter verschlossenen Türen, in Expertenrunden und administrativen Verfahren, ohne engagierte Beteiligung der breiten Öffentlichkeit – aber es war deshalb noch längst nicht unbedeutend. Auch in umwelthistorischer Beziehung war die Ära Adenauer ein letztes Aufblühen der Honoratiorenpolitik.

Auf die fünfziger Jahre, in denen Politik eine Sache schmalere Funktionseliten war, folgten die gesellschaftlich bewegten sechziger Jahre. Aber Umweltthemen hat dies auffallend wenig berührt; sie blieben zwar auf der Agenda, aber zumeist doch eher mit dem Ruch eines »technischen«, »unpolitischen« Themas, das vor allem die Experten ansprach. Der gesellschaftliche Aufbruch, der im berühmten »1968« kulminierte, konzentrierte sich auf andere Themen. So war es mit der schon erwähnten »Umweltpolitik« Hans-Dietrich Genschers eine Initiative der Bundesregierung, die den zweiten Schub der bundesdeutschen Umweltdebatte auslöste. Binnen weniger Jahre wurden zahlreiche Gesetze und Verordnungen verabschiedet oder novelliert, wobei

das Schwergewicht auf dem technischen Immissionschutz lag. Der Innovationsgehalt der Gesetze variierte allerdings stark. Vor allem dort, wo in den fünfziger Jahren Reformen eingeleitet worden waren, setzte Genscher auf Kontinuität. Auch der Konflikt mit den Bundesländern, die zumeist für den Vollzug der Umweltgesetze verantwortlich waren, bremste den Elan spürbar. Als Genscher ins Außenministerium wechselte und Helmut Schmidt Kanzler wurde, verflüchtigte sich die umweltpolitische Initiative rasch.

Umweltpolitik kam somit zunächst »von oben«, aus einem kleinen Zirkel von Ministerialbeamten und Experten, die viel Energie investierten, um die lethargische Öffentlichkeit aufzurütteln. Noch die Gründung des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz 1972 geschah nur dank tatkräftiger Geburtshilfe aus dem Bundesministerium des Innern. Danach emanzipierte sich das bürgerschaftliche Engagement jedoch von seinen administrativen Ziehvätern, und an die Stelle der isolierten »Notgemeinschaften« der fünfziger und sechziger Jahre traten agile, gut vernetzte »Bürgerinitiativen«. Vor allem der Konflikt um die Atomkraft beförderte die Entfremdung zwischen Staat und Bürgern. Die legendäre Platzbesetzung im südbadischen Wyhl wurde zur Initialzündung für einen Konflikt, der die Gesellschaft spaltete wie wenige andere Themen: Was für die eine Seite eine existenzielle Angst vor dem »Atomstaat« war, erschien der anderen lediglich als technikfeindliche Hysterie. Langfristig folgenreich war, dass die Linke über den Atomkonflikt zum Umweltthema fand, denn der nukleare Komplex erschien für den geschulten Marxisten als Lehrbuchfall für jenes Bündnis von Staat und Großindustrie, das die Endzeit des Kapitalismus anzeigen sollte. Die Popularität des Themas ging jedoch auch mit einer wachsenden Gewaltförmigkeit des Protests einher, der in Grohnde und Brokdorf in bürgerkriegsähnlichen Zuständen kulminierte.

So wirkte der Stand der Umweltdebatte um 1980 ziemlich verfahren. Die Reformen seit den fünfziger Jahren hatten die Entwicklung zahlreicher technischer Lösungen beflügelt, gegen die Industrielle jedoch aufgrund der hohen Kosten heftig opponierten. Im Bundesinnenministerium hatte der Umweltschutz nach Genschers Abtritt einen schweren Stand, zumal die Aufmerksamkeit des Hauses mehr und mehr durch den Terror der RAF strapaziert wurde. Die Öffentlichkeit war zwar für Umweltthemen in hohem Maße sensibilisiert, aber die Konzentration auf das Atomthema und die Gewaltsamkeit des Protests stießen viele Bürger ab. Unterdessen traten Wissenschaftler und Publizisten mit Warnungen vor bislang vernachlässigten Themen auf, so etwa mit Hinweisen auf »neuartige Waldschäden«. Im

Hintergrund drängte außerdem eine entstehende Umwelttechnikbranche, die sich vom Aufschwung des Themas Wachstumsimpulse versprach. In heutigen Begriffen könnte man von einem »Reformstau« sprechen: Es gab genug Ideen und Lösungen, aber keine politische Koalition, die sie durchzusetzen vermochte.

So war es durchaus überraschend, dass die achtziger Jahre zum bundesdeutschen Jahrzehnt der Umwelt wurden. Der Reformstau löste sich binnen kürzester Zeit auf, als in hektischer Folge Gesetze und Verordnungen verabschiedet wurden. Überall starteten Umweltinitiativen zu den verschiedensten Problemen, und umweltbewegte Intellektuelle diskutierten über die Möglichkeit einer »ökozentrischen« Umweltethik und das »Prinzip Verantwortung«. Eine wichtige Rolle spielte die Debatte über das Waldsterben, die 1981 begann und rasch eine enorme Wirkung entfaltete: Die Sorge um den leidenden Wald vereinte Menschen von *Greenpeace* und den Grünen bis Franz Josef Strauß. Rasch griff die Umwelteuphorie von der politischen Sphäre in die Lebenswelt aus, und so sah man das Jahrzehnt der Umwelt nicht nur in der Zeitung, sondern auch auf der Straße und dem Küchentisch. Der ökologisch sensibilisierte Mensch trug Birkenstock, kaufte im »Ökoladen« ein und trug die Waren – »Jute statt Plastik« – in wieder verwendbaren Taschen nach Hause. Müsli und Vollkornbrot wurden populär wie nie zuvor.

Die umweltbewegten achtziger Jahre waren eine bundesdeutsche Besonderheit. In Frankreich und Großbritannien dominierten unter Mitterrand und Thatcher ganz andere Themen, und in den Vereinigten Staaten begann die Präsidentschaft Ronald Reagans gar mit einer großangelegten antiökologischen Offensive, die freilich bald in sich zusammenfiel. So entstand Anfang der achtziger Jahre eine Vorstellung, die bis heute zu den hartnäckigsten Mythen der bundesdeutschen Umweltdebatte gehört: die Idee, dass Deutschland im internationalen Rahmen der Vorreiter in Sachen Umweltschutz sei. Es war, wie meist bei solchen Topoi, eine Mischung aus Realität und Legendenbildung. Tatsächlich ging die Bundesrepublik seinem westlichen Nachbarn mit »le Waldsterben« mächtig auf den Geist, zumal die Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auf energische Umweltinitiativen drängte. Aber zugleich wurde das Umweltthema so konturiert, dass unangenehme Themen weitgehend ausgeblendet wurden, insbesondere dort, wo Nachbarländer bereits weiter waren. Die chemieintensive Landwirtschaft blieb ein blinder Fleck und das fehlende Tempolimit auf Autobahnen erst recht.

Wie sehr die deutsche Umweltdenbatte bis heute im Schatten der achtziger Jahre steht, lässt sich schon daran erkennen, dass die heute dominierenden Debatten sämtlich in diesem Jahrzehnt begannen: Klimawandel, Biodiversität, Gentechnik. Die Institutionenlandschaft des bundesdeutschen Natur- und Umweltschutzes entstammt zu wesentlichen Teilen jener Zeit. 1980 konstituierten sich die Grünen als Bundespartei, 1986 wurde im Schatten von Tschernobyl das Bundesumweltministerium als symbolträchtige Vereinigung der bis dahin weit verstreuten Kompetenzen gegründet, 1991 entstand das Wuppertal Institut und 1992 das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Nicht weniger wichtig war die Prägekraft dieser Zeit für die gängigen Leitvorstellungen. Es entstand der kampagnenförmige, auf öffentlich-mediale Wirkung abzielende Verhaltensstil, der Umweltpolitik und Verbände bis heute beherrscht. Als generationelle Erfahrung hatten die achtziger Jahre eine kaum zu überschätzende Bedeutung: Umwelt war kein Nischenthema mehr, sondern hart am Puls der Zeit. Die Ökologisierung der Bundesrepublik hatte begonnen, und sie würde weitergehen – so glaubte man jedenfalls.

## Produktiver zweifeln

Tatsächlich hatte das ökologische Jahrzehnt schon Ende der achtziger Jahre an Dynamik verloren. So bescherten die Ereignisse von 1989 der Umweltbewegung einen eleganten Abgang: Die Wiedervereinigung und ihre Folgen, die wirtschaftliche Krise und der scharfe Wind der Globalisierung schufen ein neues, unfreundliches Klima für die Umweltbewegten. Sie waren nicht mehr Speerspitze des gesellschaftlichen Fortschritts, sondern eher spaßfeindliche Nörgler, die einer notwendigen Modernisierung im Wege standen. Während der *Spiegel* in den achtziger Jahren mit Titelgeschichten über das Waldsterben und den Klimawandel noch Umweltgeschichte geschrieben hatte, brachte er die neue Stimmung 1995 auf den Punkt, als er plakativ über einen »Feldzug der Moralisten« lamentierte. Nachdem in den achtziger Jahren noch sorgenvoll über »Risikotechnologien« gesprochen worden war, entstand nun ein Hype um Computer- und Biotechnologie.

Dabei fehlte es seit 1990 durchaus nicht an wichtigen Initiativen im Umweltbereich. Aber sie entstammten nicht mehr so sehr der Umweltbewegung selbst und auch nicht anderen bundesdeutschen Akteuren, sondern vor al-



lem supranationalen Impulsen. Nach und nach entwickelte sich die Europäische Kommission zum maßgeblichen Akteur der bundesdeutschen Umweltpolitik, ohne dass dies im bundesdeutschen Umweltbewusstsein oder in der Verbandslandschaft seinen Niederschlag gefunden hätte. Inzwischen gibt es kaum noch ein wichtiges Umweltproblem, bei dem die Bundesrepublik tatsächlich souverän ist, und Diskussionen wie jene über den Feinstaub wären ohne europäische Initiativen wohl gar nicht erst entstanden. Zugleich entstand seit dem Erdgipfel von Rio de Janeiro ein internationaler Verhandlungsprozess, der sich vor allem um die globale Erwärmung und die Biodiversität dreht. Für die Bundesrepublik waren diese internationalen Zusammenhänge Chance und Irritation zugleich: Einerseits bot die Internationalisierung Gelegenheiten zur Profilierung des ökologischen Musterlands – aber andererseits stand die Globalisierung der Umweltdebatte in deutlicher Spannung zur nationalen Verfasstheit der Umweltszene. Der Boom der achtziger Jahre hatte die deutsche Umweltlobby zwar zu einer vergleichsweise ressourcenstarken Gruppe gemacht, aber zugleich die Strukturen just in dem Moment auf nationalstaatlicher Basis verfestigt, als diese im Zuge der Globalisierung zunehmend ausgehöhlt wurden.

Natürlich hatte die bundesdeutsche Umweltszene auch vor 1990 schon über die eigenen Grenzen hinausgeschaut. Aber es ist doch bezeichnend, dass sich das Interesse zunächst stark auf exotische Themen wie etwa den Regenwald am Amazonas konzentrierte. Das waren ferne Länder, denen man bequem die vermeintlich richtigen Rezepte diktieren konnte, ohne Angst vor unangenehmen Rückwirkungen auf die eigene Lebenswelt haben zu müssen. Und es waren zumeist Themen, bei denen die bundesdeutschen Umweltschützer sich als Mahner und Warner gerieren konnten: Walfang, Robbenjagd, unsinnige Riesenstaudämme – stets konnten sich bundesdeutsche Vertreter als Inkarnation des überlegenen Bewusstseins fühlen, jederzeit bereit, anderen Völkern beim Weg ins ökologische Zeitalter freundliche Hilfestellung zu leisten. Das hatte in früheren Jahrzehnten noch etwas anders ausgesehen. Als im Ruhrgebiet in den fünfziger Jahren nach sauberer Luft gerufen wurde, war die amerikanische Stahlstadt Pittsburgh ein vielbejubeltes Vorbild, und auch beim Automobilkatalysator war Amerika ein wichtiger Präzedenzfall. Aber in den achtziger Jahren drehte sich die Stimmung, und die Vorstellung, dass das grüne Vaterland vom Ausland lernen könnte, erschien zunehmend absurd. Auch die Wiedervereinigung wurde vor allem als Chance gesehen, die Errungenschaften des Westens in das Beitrittsgebiet zu exportieren: Gesetze, Strukturen, Leitideen.

Das international spürbare Selbstbewusstsein stand jedoch in wachsendem Kontrast zum Trend der Umweltpolitik in Deutschland. Die Stagnation der Umweltbewegung dokumentierte sich schließlich auch in der Politik. Deregulierung lautete das Schlüsselwort der Umweltpolitik in den neunziger Jahren: Die Wirtschaftskrise verlangte nach schlanken Verwaltungen und schnellen Genehmigungsverfahren, und die Wünsche der Umweltbewegung waren aus diesem Blickwinkel lediglich ein Bremsklotz. Das meiste geschah hinter den Kulissen, ohne spektakuläre Niederlagen und öffentliche Demütigungen, und doch war dies nach Jahren des Booms eine ernüchternde Erfahrung. Nicht zuletzt bemerkte die Umweltbewegung, dass sie nicht so recht aus der Defensive kam, denn nicht nur in der Politik, sondern auch in der Öffentlichkeit wehte nun ein anderer, schärferer Wind. So manche Gewissheit der achtziger Jahre wurde mit Fragezeichen versehen: Starben die Wälder wirklich? Gab es die globale Erwärmung tatsächlich? Der große Backlash blieb aus, aber die neue Skepsis von Medien und Öffentlichkeit war spürbar und wurde gelegentlich auch politisch virulent. Im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2005 machte der CDU-Kandidat Jürgen Rüttgers ätzende Bemerkungen über den Schutz des Feldhamsters zu seinem Markenzeichen – als Inbegriff einer rot-grünen Landespolitik, die angeblich über den Naturschutz die Menschen vergessen hatte.

Die Stagnation der ökologischen Sache wurde selten offen diskutiert, aber so manche Debatte in Umweltkreisen spiegelte unverkennbar ein Krisenbewusstsein wider. Ein einschlägiges Indiz war etwa die Überalterung der Umweltszene, die im Laufe der Zeit mit zunehmender Heftigkeit beklagt wurde. Es fehle der Nachwuchs und die klassische Stammmitgliedschaft, war zu hören. Ein seltsames Bild: Überall wurden die Funktionseleiten immer jünger, nur nicht im Natur- und Umweltschutz. In keiner anderen Partei rekrutiert sich die Funktionselite so stark aus Aktiven der achtziger Jahre wie bei den Grünen. Die Sorge um die Jugend, die den eigenen Slogans immer weniger Glauben schenke, war und ist in der Umweltszene allenthalben zu spüren.

Wie aber tickt die Jugend wirklich? Als Universitätsdozent habe ich berufsbedingt viel mit jungen Erwachsenen zu tun, und da ergaben sich in den vergangenen Jahren zahlreiche Beobachtungen und Gelegenheiten zum Gespräch. Das war manchmal schon etwas befremdlich. Mit Gruseln erinnere ich mich zum Beispiel an eine Gentechnikdebatte, in der eugenische Phantastereien unwidersprochen im Raum standen. Aber im Großen und Ganzen stellte sich heraus, dass die heutige Jugend nicht weniger umweltbewusst ist,

sondern einfach anders über Umweltthemen denkt: freier, unbekümmerter, mit Zweifeln an herrschenden Dogmen, aber mit genuinem Interesse. In mancherlei Beziehung kam mir die etablierte Umweltdebatte plötzlich schrecklich verkrampft vor.

Die vielleicht wichtigste Erfahrung war dabei, dass für junge Leute auch Kritik an der Umweltbewegung kein Sakrileg ist. In dieser Beziehung waren Umweltaktivisten zumeist ausgesprochen zurückhaltend: Während bei der Kritik industrieller Verschmutzer keine Attacke scharf genug sein konnte, waren Zweifel am eigenen Lager unerwünscht oder nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit zugelassen. Als ich 2005 in der Zeitschrift *Natur und Landschaft* ein Plädoyer für eine reflexive Naturschutzbewegung veröffentlichte, die ihre Kraft gerade auch aus der kritischen Reflexion eigener Probleme beziehen könnte, war der Aufschrei der Empörung groß.<sup>7</sup> Aber steht nicht heute in jedem Management-Handbuch, dass man aus Fehlern lernen kann? Mehr noch: Man kann aus dem Erfahrungsschatz, der sich in 40 Jahren Umweltbewegung angesammelt hat, wohl nur dann etwas lernen, wenn die Lehren der Geschichte nicht in Form festgefügtter Dogmen formuliert werden, sondern in Form von Anregungen und Impulsen, die jeweils ergebnisoffen auf ihre Relevanz zu prüfen sind. Es ist deshalb höchste Zeit, dass in Deutschland wieder offen und konstruktiv über Umweltthemen gestritten werden kann, und vielleicht könnte ein Weg aus der Krise ja auch darin bestehen, dass Umweltthemen wieder intellektuelle Reizthemen werden, die zu klugen, niveauvollen Debatten hinführen. Ist es nicht Teil des Problems, dass Zweifel in Umweltkreisen fast schon reflexhaft als Bedrohung eingeordnet werden – und nicht etwa als Anlass zum Mitdenken? Zweifel haben eben nicht nur eine destruktive, sondern auch eine befreiende Kraft, von der die Umweltbewegung bislang viel zu wenig Gebrauch gemacht hat. Und vielleicht könnte sich daraus ja sogar ein Motto für ein neues Umweltzeitalter entwickeln: produktiver zweifeln.

## Im Zeitalter der Unübersichtlichkeit

Wer so gerüstet den Versuch einer Gesamtbetrachtung der bundesdeutschen Umweltdebatte unternimmt, merkt dabei im Laufe der Zeit vor allem eines: Nach mehreren Jahrzehnten ist auch im Umweltbereich das meiste ziemlich kompliziert. Die Ära einfacher Weisheiten ist definitiv vorüber – sofern es sie